

Nun wieder ernsthaft, bitte!



von Parteipräsidentin Patricia von Falkenstein

Die politische Sommerpause ist vorüber. Die „alten Hasen“ in der Politik wissen, dass die Medien in den Monaten ohne Grossrats-Sitzungen dem einen oder anderen Thema mehr Aufmerksamkeit schenken. Das wird genutzt – fast von allen Parteien. Einzelne präsentieren da prominente Kandidaten für die Nationalratswahlen im Herbst 2019, und die Forderung nach Reduktion der Anzahl der Regierungsmitglieder oder die subito-Umsetzung der vier Wohn-Initiativen. Sogar ein neues Parteiprogramm ist vorgestellt worden. Bei allen diesen Aktivitäten geht es um die breite Aufmerksamkeit, die für politische Parteien ebenso wichtig ist wie für Firmen, die ihre Produkte anpreisen.

Das alles ist interessant. Es kommt aber drauf an, ob die angepriesenen Ideen, die Produkte, von der breiten Bevölkerung auch nachgefragt werden. Für uns von der LDP ist es wichtig, politische Themen zu bearbeiten, welche die Bevölkerung, unsere Bevölkerung in Basel, Riehen und Bettingen direkt betreffen und dies, seit es diese Partei gibt. Wir versuchen dabei auch voraus zu schauen. Mit unseren Forderungen und Ideen zum Wohnen und Arbeiten im Kanton haben auch wir die Sommerzeit genutzt. Diesem Thema ist diese Ausgabe des LIBERAL gewidmet. Die LDP will mitgestalten, auch wenn es um einen längeren Zeitrahmen geht. Wir wollen, dass auch dann, wenn in 15 Jahren noch fast 20'000 Menschen mehr im Kanton leben, die Wohn- und Lebensqualität gut ist. Wir wollen, dass dann, wenn in 15 Jahren noch deutlich mehr Leute im Kanton arbeiten werden, das Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten möglich ist. Wir wollen, dass durch die zunehmende Verlagerung von Freizeitaktivitäten in den öffentlichen Raum, die Nachtruhe der Bevölkerung nicht beeinträchtigt

wird. Die nächsten Seiten geben einen Überblick und zeigen, welche Schwerpunkte wir für ältere Menschen, für Familien und auch für Studierende, Berufslernende und Werk tätige setzen. Auch die eidgenössische Politik beschäftigt uns. Die Steuervorlage 17 ist von eminenter Bedeutung für Basel. Gelingt uns keine Lösung innert kürzester Zeit, besteht Gefahr für unsere Multinationalen Unternehmen. Die Umsetzung im Kanton soll helfen, unsere Bevölkerung hinter diese Vorlage zu bekommen. Deshalb hat auch die LDP Hand geboten zu diesem Kompromiss. Nach der Beschlussfassung für eine Spitalfusion, die Basellandschaft mehr nutzt als uns, wollen wir dafür sorgen, dass Partnerschaft keine Einbahnstrasse ist; wir fordern von Baselland wieder mehr Geld für die Universität und für die Kultur. Bei aller Aufmerksamkeit, welche diese „grossen Themen“ beanspruchen, vergessen wir auch andere Traktanden nicht: eine Umgestaltung der St. Alban-Vorstadt, der Hardstrasse und der Achse Spalenvorstadt-Burgfelderplatz gegen die Interessen der Anwohnerschaft können wir nicht gutheissen, die Gefahren für Fussgänger und Velofahrer der Tramhaltestellen wollen wir reduzieren, und auch übertriebene Einschränkungen für den motorisierten Verkehr lehnen wir ab. Die Vorbereitungen für die Nationalrats- und Ständeratswahlen 2019 laufen. Wir verfügen über einige Kandidatinnen und Kandidaten für eine Liste, die Chancen hat, unseren Sitz zu halten und auch für den Ständerat hätten wir mehr als eine Kandidatur – hier braucht es aber die Zusammenarbeit mit den anderen bürgerlichen Parteien. Wieder einmal gibt es eine gute Chance für einen Wechsel - wir sollten uns wirklich ernsthaft bemühen, diese auch zu nutzen.

Drogen legalisieren?

Gemäss Parteiprogramm 2019 von FDP. Die Liberalen sollen Drogen ausgehend von der Freiheit des Menschen, sich selber zu schädigen, grundsätzlich nicht verboten, sondern legalisiert, kontrolliert und besteuert werden.

Laut Weltgesundheitsorganisation wird jeder Wirkstoff, der in einem lebenden Organismus Funktionen zu verändern vermag, als Droge bezeichnet. Rauschmittel sind gleichzeitig psychotrope Stoffe, jedoch sind die wenigsten psychotropen Stoffe Rauschmittel. Ist es liberal, wenn nur die Legalisierung der Rauschmitteldrogen gefordert wird? Wie steht es mit den übrigen Drogen? Bleiben diese weiterhin rezeptpflichtig? Dies steht wiederum im Clinch damit, dass jeder Mensch die Freiheit hat, sich selber zu schädigen. Sind zum Beispiel die Missachtung der Gurtenpflicht und unzählige weitere Vorschriften künftig zu erlauben, weil sie mit der Freiheit, sich selbst zu schädigen, in Einklang stehen? Ein Knackpunkt ist die Definition der kontrollierten Abgabe. Bedeutet dies, dass künftig alle Drogen rezeptfrei abgegeben werden und sich die Kontrolle lediglich auf die Erfassung der drogenbeziehenden Personen über 18 Jahren beschränkt? Lässt sich dieses Vorgehen mit den Datenschutz vereinbaren? Für und Wieder einer Legalisierung von Drogen werden seit den 60er Jahren weltweit diskutiert und es gibt dazu auch in der Schweiz unzählige Studien des Bundes, der Kantone, Parteien und Kirchen mit Vorschlägen und Forderungen. Einfach erneut ins Horn der Legalisierung zu blasen bringt, ausser dem gewollten wahltaktischen Wirbel, nichts, wenn alle wesentlichen Fragen unbeantwortet bleiben.

Christine Wirz-von Planta

Inhalt

Nun wieder ernsthaft, bitte!	1
Drogen legalisieren?	1
Verkehrspolitik: An den Bedürfnissen der Betroffenen vorbei geplant!	2
LIBERAL spezial Wohnen und Arbeiten	
- Die LDP fordert: Ganzheitliche Strategie mit Einbezug von Nachbarn, Fachleuten und Betroffenen	3
- Zum bestellen: das gesamte Papier	4
- Die LDP handelt: Fünf Anzüge und eine schriftliche Anfrage	5
Transformation des Dreispitz schreitet voran: Ein Spitzenprojekt für die Nordspitze	7
LDP Riehen/Bettingen schenkt ein	8

Verkehrspolitik: An den Bedürfnissen der Betroffenen vorbei geplant!

Diverse Strassenzüge in Basel sollen in nächster Zukunft saniert werden – sinnvollerweise zu einem Zeitpunkt, da ohnehin die darunter liegenden Leitungen erneuert werden müssen. Weniger sinnvoll: Diese Vorhaben werden zur Vernichtung von Parkraum genutzt. Man argumentiert mit der Sicherheit und behauptet, es sei im Interesse der Anwohnenden. Das dies überhaupt nicht stimmt, zeigte eine Umfrage der LDP bei den Betroffenen.



von Grossrat André Auderset

Weil in der Hardstrasse zwischen St. Alban-Anlage und Karl Barth-Platz diverse Leitungen saniert werden müssen, die Gleise der BVB zu erneuern sind und die Haltestellen behindertengerecht umgestaltet werden sollen, beantragt der Regierungsrat dafür die Summe von 17,5 Mio. Fr.

Weiter wird die Umgestaltung mit der Erhöhung der Verkehrssicherheit begründet. Die Bedingungen für Fussgänger und Velofahrer sollen dadurch verbessert werden. Auch die Aufenthaltsqualität im Abschnitt Grellingerstrasse bis Hirzbodenweg soll gesteigert werden, ebenso soll beim Sevogelplatz der Platzcharakter durch neue Trottoir-Überfahrten gestärkt werden. Insgesamt 50 Parkplätze sollen aufgehoben (15 davon wegen des Baus des Kunstmuseum-Parkings) und Tramhaltestellen müssen zum Teil verschoben werden. Die Anwohnenden der Hardstrasse sollen gemäss Angaben des Regierungsrats mit einer Informationsbroschüre bedient worden sein, ebenso

die Haushalte und Geschäfte der angrenzenden Strassen. Wie LDP-Exponenten verschiedentlich mitgeteilt worden ist, haben nicht alle Anwohnerinnen und Anwohner diese Broschüre erhalten. Für die LDP Grund genug, sich bei den Betroffenen genau zu erkundigen. Verteilt wurden ca. 1400 Fragebögen an und um die Hardstrasse. Der Rücklauf war mit gegen 200 Antworten über den Erwartungen – und gab (s. Grafik unten) ein sehr klares Bild.

Klare Ablehnung durch die Anwohnenden

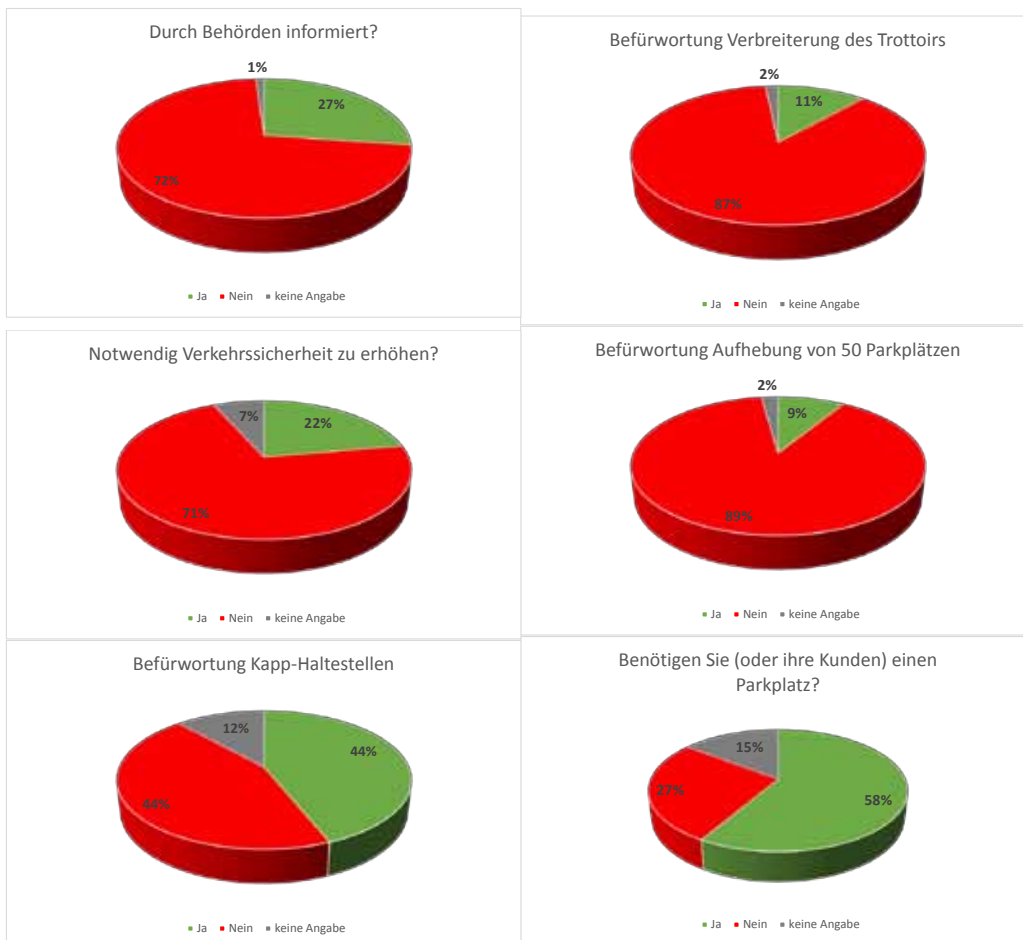
Die von den Behörden angestrebte Verbreiterung der Trottoirs wird gerade mal von 21 Antwortenden als sinnvoll

eingestuft, 156 Antwortende lehnen diesen „Luxus“ kategorisch ab. Einer Notwendigkeit, in der Hardstrasse die Verkehrssicherheit zu erhöhen, stimmen 40 Personen zu, 128 sagen Nein. Und nur gerade 16 Anwohnende stimmen der Aufhebung von Parkplätzen zu, während dies von einer klaren Mehrheit (162 Antworten) abgelehnt wird. Dies ist keineswegs purem Egoismus geschuldet, geben doch von den Antwortenden „nur“ 104 an, für sich oder ihre Kunden auf einen Parkplatz angewiesen zu sein. Der Schluss fällt also eindeutig aus: Das Projekt ist an den Betroffenen völlig vorbei geplant.

Gleiche Missachtung auch andernorts

Ähnlich dürfte es bei einem weiteren Projekt aussehen. Neunzig Parkplätze sollen nach den Planungen des BVD der Sanierung von Burgfelder- und Missionsstrasse zum Opfer fallen. Auch hier soll der Parkraum-Abbau unter dem Vorwand „Sicherheit“ geschehen. Nicht überall – so die „Logik“ des Ratschlags – kämen zwei Rettungsfahrzeuge respektive ein Feuerwehrauto und ein Lkw reibungslos aneinander vorbei. Dass diese Fälle wohl eher selten und mit etwas Vorsicht problemlos zu bewältigen sind, interessiert die Planer nicht.

Nahezu erpresserisch wurde vor Ort zu Händen der Medien ausgeführt, dass man sonst anstelle der Parkplätze Bäume opfern wolle. Die LDP verwahrt sich gegen ein solches Vorgehen und fordert ein neues Projekt mit Berücksichtigung der Bedürfnisse der Anwohnenden. Zu bedenken ist dabei, dass ein derart massiver Abbau von Parkraum unerwünschte Folgen für die angrenzenden Wohnquartiere zeitigt. Der Suchverkehr wälzt sich dann durch die teilweise zu Begegnungszonen umgestalteten Quartiersträsschen, gefährdet spielende Kinder oder auch ältere Menschen und nimmt den dort Wohnenden die letzten Parkplätze weg. Kommen diese Pläne tatsächlich durch Kommission und Parlament, so wird ein Referendum unausweichlich sein!



Die LDP fordert: Ganzheitliche Strategie mit Einbezug von Nachbarn, Fachleuten und Betroffenen

Die Raumstrategie des Regierungsrates Basel-Stadt besagt, dass unsere Bevölkerung bis 2035 um ca. 20'000 Einwohnerinnen und Einwohner wachsen soll. Zudem geht die Regierung von künftig 220'000 Beschäftigten aus. Dies bedeutet, dass wir dringend überlegen müssen, wie und wo in Zukunft gewohnt und gearbeitet werden soll, wo „Wohnen“ bzw. „Arbeiten“ Platz haben und wie ihr Mit- und Nebeneinander aussehen sollen. Die LDP hat sich dazu ihre Überlegungen gemacht. Die Stichworte heissen: Gesamtheitliche Planung über den Gartenhag hinaus und unter Einbezug von Fachleuten sowie vor allem der betroffenen Bevölkerung

Eine umfassende Planung zu den in den nächsten Jahren neu zu überbauenden Arealen hat der Regierungsrat nicht vorgelegt. Dies ist aus Sicht der Liberal-Demokratischen Partei Basel-Stadt, LDP, eine Unterlassung.

Die Wachstumsplanungen für Wirtschaft und Gewerbe und für das Wohnen müssen miteinander koordiniert werden. Dabei sind sämtliche Entwicklungsmöglichkeiten, welche heute erkennbar sind, einzubeziehen. Das bisher übliche Vorgehen, jedes Areal einzeln zu behandeln, taugt nichts und führt zu Dauerkonflikten zwischen Wohnen und Arbeiten auf jedem Areal. Gewisse Areale eignen sich besser für Gewerbenutzung, mit Betrieben, die Emissionen verursachen. Der in den 37 km² des Kantonsgebiets vorhandene Raum muss sorgfältig geplant und den verschiedenen

Funktionen – dazu gehören auch Freiräume, Gebäude für Bildung und Sport und Verkehrsflächen – zugeordnet werden, und zwar in einer Gesamtplanung. Nur so kann eine Optimierung der knappen Raumreserven erfolgen, nur so können die zum Teil in einem Konflikt zueinander stehenden Funktionen zufriedenstellend bedient werden.

Die LDP fordert vom Regierungsrat die Ausarbeitung eines Masterplans zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum und von zusätzlichen Arbeitsflächen mit klarer Ausscheidung von Wohn- und Arbeitsflächen. Dazu soll mit interessierten Kreisen zusammen gearbeitet werden. Nach Auffassung der LDP ist dies eine erstrangige Aufgabe des Stadtentwicklers Lukas Ott.

Bisher hat es der Regierungsrat unterlassen, die Kosten und den

Nutzen von einzelnen Arealentwicklungen zu prüfen und darzustellen.

Es muss aber möglich sein, die Kosten für Infrastrukturen, welche zu neuen Wohn- und Arbeitsgebieten gehören, grob zu beziffern. Dazu gehören Kosten für Verkehrs-Infrastrukturen, Aussenräume, Bildungs-Institutionen, Infrastrukturen für Einrichtungen für betagte Menschen, Freiräume, Freizeit-Einrichtungen im öffentlichen Interesse (Sportanlagen, Spielplätze, Hallenbäder etc.).

Dem müssten die geschätzten und erwarteten Steuer-Einnahmen der dortigen neuen Wohnbevölkerung gegenübergestellt werden.

Auf diese Weise kann man erkennen, wie der „return on investment“ aussieht. Es können so Schlüsse auf die künftigen Ausgaben- und Einnahmensituationen gezogen werden.

Die LDP fordert vom Regierungsrat eine Prognose über den finanziellen Aufwand für den Kanton durch Bereitstellen und Erschliessung der neuen Areale für Wohnen und Arbeiten und eine solche über den zu erwartenden Ertrag durch zusätzliche Steuereinnahmen.

Weg vom Gärtchen-Denken

Im Rahmen des Agglomerationsprogramms Basel steht unser Kanton im Zentrum einer Kernstadt, die verschiedene Gemeinden des Baselbietes und angrenzender elsässischer und südbadischer Räume umfasst. Verkehrsplanung wird heute innerhalb dieser Grenzen gemacht.

Es ist deshalb zwingend, dass auch die Planung von Wohn- und Arbeitsräumen die Gemeinden der Region einbezieht. Dies ist heute nicht der Fall. Leitgedanke muss sein, dass nicht überall alles gebaut werden muss, sondern jeweils die optimalen Standorte entwickelt werden sollen, egal in welcher Gemeinde. Der Ausbau der Tramnetze und der S-Bahn in der Region schaffen dazu optimale Voraussetzungen.

Die LDP fordert vom Regierungsrat den Einbezug aller in- und ausländischer Vorortgemeinden bei der Planung von Flächen für Wohnen und Arbeiten.

Brainpower aus Basel nutzen

In Basel gibt es überdurchschnittlich viele, sehr gute Architektur- und Planungsbüros und ausgezeichnete Forschungsmöglichkeiten der Fachhochschule Nordwestschweiz und der Universität Basel im Bereich Städtebau. Vor diesem Hintergrund ist es nicht zu verstehen, weshalb sich der Regierungsrat und das federführende Bau- und Verkehrsdepartement nicht bemühen, die vorhandene Exzellenz für die bauliche Entwicklung unseres Kantons in grossem Stile zu nutzen.

Im Grossen Rat hatte die LDP deshalb bereits 2008 den Einbe-



Weg vom Gartenhag-Denken fordert die LDP. Dies bedeutet, dass in die Planung auch die umliegenden Gemeinden im In- und Ausland beigezogen werden sollen.

zug der Basler Architekturbüros bei der Planung gefordert. Dieses erstklassige Fachwissen der Büros und der Hochschulen muss genutzt und in die Stadtplanung eingebunden werden.

Die LDP fordert vom Regierungsrat den Einbezug lokaler Architekturbüros und der Hochschulen für die umfassenden Planungsarbeiten „Wohnen und Arbeiten“.

Neue Wohn-Modelle

Es müssen auch neue Denksätze Eingang finden können. Der Bund hat unlängst unter dem Titel „Welche Rolle spielt der Fonds de Roulement in der Wohnungspolitik des Bundes?“ über Modelle berichtet, die für Basel wegweisend sein können: „Genossenschaft Wohnen bis 25 Samedan“ (27 preisgünstige Wohnungen für Jugendliche bis zum 25. Altersjahr, welche eine Anstellung oder einen Ausbildungsplatz im Oberengadin besitzen), „Preisgünstiges Alterswohnen in Gordola“ (44 altersgerechte Wohnungen gemäss Altersstrategie des Kantons Tessin, die Mietpreise sind auch für Bezüger von Ergänzungsleistungen bezahlbar), „Ecoquartier Les Vergers in Meyrin (neues Quartier mit 1350 Wohnungen in Stockwerk Eigentum, normalen Mietverhältnissen und Genossenschaftswohnungen, erstellt durch 8 gemeinnützige Bauträger). Der Bund achtet dabei dar-

auf, an Standorten mit hohen Mietzinsen und hoher Nachfrage einen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Durchmischung leisten zu können.

Die LDP fordert vom Regierungsrat, diese und andere neue Modelle auf ihre Übertragbarkeit auf unser Kantonsgebiet zu prüfen.

Wohnraum für Studierende

Nicht ausreichend ist das Angebot von günstigem Wohnraum für Studentinnen und Studenten und Berufslernende. Um diese Nachfrage zu decken, gibt es verschiedene Möglichkeiten, die sich andernorts bereits bewährt haben. So haben die Jungliberalen (JLB) vor wenigen Jahren gezeigt, wie mit Fertigmodulen (Containern) rasch Wohngelegenheiten erstellt werden können. Bekanntlich ist dieses Zielpublikum nicht sehr anspruchsvoll hinsichtlich der Wohnumgebung. Es sollten sich rasch Standorte finden lassen, um das Angebot zu erhöhen. Auch Zwischennutzungen sollen dazu geprüft werden.

Die LDP fordert vom Regierungsrat die Planung und Bereitstellung von kostengünstigem Wohnraum für Studierende und Berufslernende.

Kindergerechte Stadt

Besondere Beachtung ist der Infrastruktur für Familien mit

Kindern zu schenken. Mit Blick auf die ansteigende Geburtenzahl in den nächsten Jahren dürfte ein Standortwettbewerb hinsichtlich kindergerechter Wohnumgebung entstehen. Hier besteht im Kanton Basel-Stadt Nachholbedarf, obwohl wir über ein UNICEF-Label verfügen. Es gilt, mögliche Areale zu bezeichnen, die für zusätzliche Kinderspielplätze, Aufenthaltsorte für Jugendliche, Erholungsgebiete für Eltern mit Kindern, geeignet sind. Nachdem im Bereich ausserfamiliäre Tagesbetreuung gute Voraussetzungen für Familien geschaffen worden sind und die Tagesstrukturen der Schulen ständig ausgebaut werden, muss die Infrastruktur in Wohnnähe angepasst werden. Es ist angezeigt, in diesem Bereich mit dem Kinderbüro zusammen zu arbeiten und die in den letzten Jahren dort entwickelten Ideen in die Planungen einzubeziehen.

Die LDP fordert vom Regierungsrat, die Kinderfreundlichkeit in bestehenden und neuen Wohnquartieren in Zusammenarbeit mit dem Kinderbüro zu erhöhen.

Betagte Menschen

Entgegen der Tendenz in den letzten Jahrzehnten des letzten Jahrhunderts sollen betagte Menschen nicht ausschliesslich in Heimen wohnen. Der Grundsatz, dass solange dies möglich ist, in den eigenen Wohnräumen gelebt werden kann, ist für die LDP wichtig. Es sollte

Das gesamte Papier

LDP

Wohnen und Arbeiten
in Basel, Riehen und Bettingen

Das gesamte Papier umfasst 24 Seiten, was naturgemäss den Rahmen dieser Ausgabe des LIBERAL sprengt. Sie können das Dokument aber bei unserem Sekretariat anfordern:

info@ldp.ch

dennoch bei der Planung von neuen Wohngebieten beachtet werden, dass im selben Quartier Möglichkeiten für Wohnen im Alter und sogar für Wohnen mit Pflege-Dienstleistungen geschaffen werden. Bekanntlich ist das Umziehen aus der gewohnten Umgebung in ein ganz unbekanntes Quartier für ältere Menschen eine grosse Belastung. Wenn immer möglich, sollten solche Umzüge vermieden werden. Bei der Konzeption von neuen Wohnquartieren besteht die Möglichkeit, Wohnformen für Betagte in die Planung einzubeziehen. Auch die Erreichbarkeit des öffentlichen Verkehrs ist im Hinblick auf Wohnraum für betagte Menschen zu berücksichtigen.

Die LDP fordert vom Regierungsrat, in allen Quartieren in Zusammenarbeit mit Privaten Möglichkeiten zu schaffen, betagten Menschen den Verbleib im Quartier zu ermöglichen.

Begleitetes Wohnen

Auch „Begleitetes Wohnen“ muss gefördert werden. Nicht alle Menschen, welche heute keine Wohnung haben, immer auf der Strasse wohnen oder nur temporär in festen Behausungen leben, sind in der Lage, eigenverantwortlich und selbstbestimmt zu wohnen. Es braucht



Vorgestellt wurde das Papier „Wohnen und Arbeiten in Basel, Riehen und Bettingen“ von Jeremy Stephenson, Patricia von Falkenstein, Raoul Furlano und Michael Hug.
Foto: Online Reports.

für einzelne dieser Menschen, für welche nach angenommener Volksinitiative Wohnraum erstellt werden muss, die Möglichkeit des begleiteten Wohnens.

Die LDP fordert vom Regierungsrat die Ausarbeitung und Umsetzung eines Konzeptes „Begleitetes Wohnen“.

Unterstützung an Vorort-Gemeinden beim Erstellen von Wohnraum mit Steuer-Rückerstattung

Das Bevölkerungswachstum in Basel und den Agglomerationsgemeinden erfolgt wegen des Angebotes an Arbeitsplätzen im Kanton Basel-Stadt. Wenn heute jemand in Frankreich

oder Deutschland wohnt und im Kanton Basel-Stadt arbeitet, wird vom Wohnort-Land ein Teil der Steuereinnahmen an Basel-Stadt überwiesen. Das gilt nicht für Berufspendler aus dem Baselbiet und anderen Kantonen. Es stellt sich die Frage, ob nicht mit der einen oder anderen Vorort-Gemeinde Abmachungen über dort zu erstellenden zusätzlichen Wohnraum getroffen werden können. Damit würden höhere Steuererträge für die jeweilige Gemeinde resultieren. Ein Teil der höheren Einnahmen würde dann an Basel-Stadt zurück erstattet. Auch wenn es zwischen den Kantonen keine Besteuerung am Arbeitsort gibt; ein solches Modell würde eine win-win-Situation schaffen.

Die LDP fordert vom Regierungsrat Abklärungen über die Möglichkeit, in schweizerischen Vorortgemeinden die Schaffung von Wohnraum zu unterstützen unter Gewährung von Steuer-Rückerstattungen der entsprechenden Gemeinde an Basel-Stadt.

Mitwirkung soll kein Papiertiger sein

Das Recht auf Mitwirkung der Quartierbevölkerung engt den Handlungsspielraum des Staates ein. Die unterschiedlichen Interpretationen dieses Verfassungsartikels durch die Quartierbevölkerung – von der blossen Anhörung bis zum Veto-Recht – erschweren die Situation

zusätzlich. Der Staat kann die Erwartungen der Bevölkerung an dieses verfassungsmässige Recht nie erfüllen. Daraus ergeben sich Erwartungen wie Enttäuschungen. Eine Präzisierung der Berechtigungen und Verpflichtungen dieser Verfassungsbestimmung durch den Regierungsrat wäre sinnvoll.

Die LDP fordert vom Regierungsrat, der Bevölkerung eine detaillierte Übersicht über die Rechte aus § 55 der Kantonsverfassung vorzulegen und eine Überarbeitung des bestehenden Leitfadens aufgrund gemachter Erfahrungen durchzuführen; eventualiter die Streichung oder Präzisierung des Verfassungsparagraphen dem Volk vorzulegen.

Die LDP handelt: Fünf Anzüge und eine schriftliche Anfrage

In ihrem Papier hat die LDP nicht nur eine Analyse der Probleme erstellt und Forderungen aufgelistet - mit insgesamt fünf Anzügen und einer schriftlichen Anfrage soll der Regierungsrat auch bewogen werden, nun in die richtige Richtung tätig zu werden. Speziell mit den Vorstössen, welche die umliegenden Gemeinden bei der Schaffung von Gewerbeflächen und Wohnraum mit einbeziehen wollen, geht die LDP dabei neue Wege.

Anzug betr. Planung von Wirtschaftsflächen gemeinsam mit dem Kanton Basel-Landschaft

In der Stadt und in Agglomerationsgemeinden ist es für bestimmte Branchen schwierig, ihre angestammte emissionsverursachende Tätigkeit ausüben zu können. Zielkonflikte mit der Funktion Wohnen entstehen. Das Gewerbe wird aus gewissen Quartieren verdrängt. Ähnliches gilt für Agglomerationsgemeinden, die nicht über genügend grosse und räumlich von Wohnquartieren getrennte Gewerbebezonen verfügen. Erschwert wird die Lösungsfindung, weil diese Planungen an der Kantonsgrenze aufhören; es wird nicht oder nicht genügend grossräumig, d.h. über die Kantonsgrenzen hinweg geplant. Es wäre aber wichtig, bei der Planung von Wohn- und Arbeitsraum die Gemeinden im Partnerkanton einzubeziehen. So könnte verhindert werden, dass überall Alles gebaut

wird. Die optimalen Standorte könnten entwickelt werden, die jeweiligen Bedürfnisse könnten berücksichtigt werden. Die Verkehrsinfrastruktur, die bereits heute über Kantonsgrenzen hinweg geplant wird, könnte darauf abgestimmt werden. Es wäre sinnvoll, etwa im Rahmen eines bikantonalen Richtplanes eine solche gemeinsame und partnerschaftliche Planung der beiden Kantone durchzuführen unter Berücksichtigung der Anliegen der jeweiligen Gemeinden. Die beiden Kantone unterhalten seit langem eine Regionalplanungsstelle. Sie könnte eine solche Aufgaben koordinieren. Der Regierungsrat soll prüfen und berichten, ob:

- Gespräche mit dem Kanton Basel-Landschaft und den Agglomerationsgemeinden mit dem Ziel, künftig vermehrt gemeinsam und über Grenzen hinweg zu planen, geführt werden können;
- Die Regionalplanungsstelle beider Basel einen gemeinsamen, bikantonalen Richtplan

für Wirtschafts- und Gewerbeflächen erstellen könnte.

Schriftl. Anfrage betr. Prüfung der Schaffung von Wohnraum in Vorort-Gemeinden mit Steuer-Rücküberweisung

Das Bevölkerungswachstum im Kanton und in Agglomerationsgemeinden der gesamten Region erfolgt wegen der Stärke der Basler Wirtschaft und dem entsprechenden Angebot an Arbeitsplätzen. Sehr viele Beschäftigte von Unternehmen in Basel-Stadt wohnen in schweizerischen oder in ausländischen Vorortgemeinden. Wenn heute jemand in Deutschland oder Frankreich wohnt und in Basel-Stadt arbeitet, wird vom Wohnort-Land für diese Grenzgänger ein Teil der Steuereinnahmen an Basel-Stadt überwiesen. Dies gilt nicht für Berufspendlerinnen und -pendler aus dem Baselbiet oder anderen Kantonen. Es ist nicht einzusehen, weshalb ausländische Berufspendler anders

behandelt werden als solche aus der Schweiz. Es dürfte sehr schwierig sein, auf nationaler Ebene eine Voll- oder Teilbesteuerung des Einkommens am Arbeitsort durchzusetzen. Deshalb stellt sich die Frage, ob nicht mit der einen oder anderen Vorort-Gemeinde Abmachungen über dort zu erstellenden zusätzlichen Wohnraum getroffen werden können. Eventuell könnte sich der Kanton Basel-Stadt oder nahe stehende Institutionen beteiligen oder die Wohnungen selbst finanzieren. Die Standortgemeinde erhielte durch Zuziehende in diesen Wohnungen zusätzliche Steuereinnahmen. Auf vertraglicher Basis könnte vereinbart werden, dass – analog der Steuer-Überweisung für Grenzgänger – ein Teil der höheren Steuereinnahmen an Basel-Stadt rückerstattet würde. Der Regierungsrat soll prüfen und berichten:

- Sieht er eine Möglichkeit, in nächster Zeit interkantonal ein Modell zur Voll- oder Teilbesteuerung des Einkommens am Arbeitsort zur Diskussion zu stellen?
- Können auf der Basis geltender Gesetze mit inländischen Vorortgemeinden Abkommen zur Überweisung eines Teils der höheren Einkommenssteuer-Einnahmen an Basel-Stadt getroffen werden, die durch die Schaffung von zusätzli-

chem Wohnraum generiert werden?

Anzug betr. Erstellen einer Gesamtplanung „Wohnen und Arbeiten im Kanton Basel-Stadt“

Gemäss Aussagen des Regierungsrats soll die Wohnbevölkerung im Kanton bis 2035 um ca. 20'000 Einwohnerinnen und Einwohner ansteigen. Auch anwachsen wird die Zahl der Beschäftigten in Basel-Stadt. Diese Entwicklungen erfordern umfassende Planungsarbeiten. Wohn- und Arbeitsflächen müssen bezeichnet werden und zwar ganzheitlich, nicht in Etappen, wie bisher. Das Beispiel „Volta Nord“ zeigt den Zielkonflikt zwischen den Funktionen „Wohnen“ und „Arbeiten“ deutlich. Dies muss vermieden werden, indem der Regierungsrat einen Gesamtplan vorlegt, der alle Areale umfasst, die in Zukunft neu bebaut werden können. So wird ersichtlich, wo künftig Wohnungsbau erfolgen soll und wo Raum für Aktivitäten von Gewerbe und anderen Branchen zur Verfügung stehen wird. Eine solche Gesamtschau bietet zwar der Richtplan, es fehlt aber eine differenzierte und gewichtete Festlegung der Nutzung für die einzelnen Areale. Der Regierungsrat soll prüfen und berichten:

- Ob ein Gesamtplan für alle in nächster Zeit neu zu möblierenden Areale im Kanton

erstellt werden kann, der aufzeigt, wo Raum für die Funktionen Wohnen und Arbeiten vorgesehen ist;

- Ob auch in Absprache mit Vortgemeinden Planungen für Areale in deren Gebiet erfolgen können.
- Ob bis zum Vorliegen eines solchen Gesamtplanes auf die separate Publikation von Ideen für einzelne Areale verzichtet werden kann.

Anzug betr. Schaffung von Wohnraum für junge Leute in Ausbildung

Seit Jahren beklagen sich Studierende und junge Leute in Ausbildung über das Fehlen von Wohnungen, die zu erschwinglichen Preisen gemietet werden können. Es ist bekannt, dass diese jungen Leute nicht sehr anspruchsvoll sind hinsichtlich Wohngegend und Ausstattung der Wohnung.

Auch Zwischennutzungen können in Frage kommen, um der starken Nachfrage dieser Bevölkerungsgruppe nach Wohnraum auch für Wohngemeinschaften entsprechen zu können. Der Regierungsrat soll prüfen und berichten:

- Ob und wo seitens des Kantons geeigneter Wohnraum in Gebäuden im Eigentum des Kantons für Studierende und junge Leute in Ausbildung geschaffen werden kann;
- Ob geeignete Gebäude in einer Zwischennutzung diesem

Zweck zugeführt werden können;

- Ob und mit welchen Anreizen vom Kanton Private gebeten werden können, Wohnraum für Studierende und junge Leute in Ausbildung zur Verfügung zu stellen;
- Ob Lösungen mit Wohncontainern gefunden werden können;
- Ob in Zusammenarbeit mit dem Verein für studentisches Wohnen nach anderen Lösungen gesucht werden kann;

Anzug betr. Einbezug lokaler Architekturbüros und der Hochschulen

In Basel gibt es überdurchschnittlich viele, sehr gute Architektur- und Planungsbüros. Auch die Fachhochschule Nordwestschweiz und einzelne Bereiche der Universität Basel können Beiträge zur Stadtentwicklung leisten. Für die grosse Vielfalt an Planungsarbeiten, die in den nächsten Jahren allein schon wegen des erwarteten Bevölkerungs- und Arbeitsplatzwachstums erforderlich ist, drängt sich Unterstützung für die Planungsabteilungen des Kantons im Präsidial- und Bau- und Verkehrsdepartement auf. Private Architekturbüros können nicht nur mithelfen, die Fülle der bevorstehenden Arbeiten zu erledigen, sie können auch kreative inhaltliche Beiträge leisten. Einige dieser Büros haben auch internationale Erfahrung im Bereich Städteplanung. Mit

Sicherheit ist das Spektrum interessanter Ideen diverser Büros breiter als dasjenige allein der Mitarbeitenden der Verwaltung. Dies gilt es zu nutzen.

Der Regierungsrat soll prüfen und berichten:

- Ob lokale Architektur- und Planungsbüros in geeigneter Form in die Planungsarbeiten zur Erhöhung der Anzahl Wohnungen und Arbeitsplätze im Kanton und in der Region einbezogen werden können;
- Ob Bereiche der Fachhochschule Nordwestschweiz und der Universität ihr Fachwissen in die anstehenden Planungsarbeiten einbringen können.

Anzug betr. Gestaltung in Quartieren mit wenig Grünflächen

In letzter Zeit sind Strassenzüge in hinsichtlich Freiraum und Grünflächen privilegierten Quartieren mit neuen Grünflächen umgestaltet worden. Es gibt aber Quartiere, welche über keine oder nur spärliche Grün- und Freiflächen verfügen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, weshalb die Prioritäten nicht anders, zugunsten unterprivilegierter Quartiere und Strassenzüge beispielsweise im unteren Kleinbasel, im St. Johannis-Quartier, im Gundeldinger-Quartier und in Kleinhüningen gesetzt werden. Der Nutzen für die Bevölkerung ist unbestritten. Gebäude- und Flachdachbegrünungen helfen wesentlich mit, das Stadtklima zu verbessern, nicht nur bei heissen Temperaturen.

Der Regierungsrat soll prüfen und berichten:

- Ob und wie prioritär in hinsichtlich Grünflächen unterprivilegierten Quartieren die Aussenräume verschönert werden können;
- Ob und wie zur Steigerung der Wohnlichkeit in solchen Quartieren auch in Hinterhöfen Grünflächen geschaffen werden können und auch Flachdächer und Fassaden begrünt werden können.
- Ob in solchen Quartieren zusätzliche Freiräume mit Grünfläche als Aufenthalts- und Spielorte geschaffen werden können.



Bei der Schaffung von neuen Gewerbeflächen und zusätzlichem Wohnraum soll die Kooperation mit den Baselbieter Gemeinden gesucht werden. Eine solche Kooperation könnte auch zu einer (Teil-)Besteuerung am Arbeitsplatz führen.

Transformation des Dreispitz schreitet voran: Ein Spitzenprojekt für die Nordspitze

Blenden wir kurz zurück: Im Herbst 2014 beerdigte die Christoph Merian Stiftung (CMS) den bikantonalen Nutzungsplan für den Dreispitz. Er wäre aus politischen, juristischen und vor allem aus ökonomischen Gründen nicht realisierbar gewesen. So entschloss sich die CMS, nach vielen Gesprächen mit den Miteigentümern - den Baurechtsnehmern - zu einer Entwicklung des Dreispitz in Etappen: zeitlich und räumlich.



von Lukas Faesch*

Mit der Etappierung wollte die CMS die Komplexität brechen, überschaubare und machbare Bebauungspläne entwerfen, eine wirtschaftliche Tragfähigkeit erreichen, den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gerecht werden und last but not least: die ins Stocken geratene Entwicklung vorantreiben.

Gemeinsam erarbeitete Lösung

Darauffin setzte sich die CMS mit den Baurechtsnehmern zusammen, um gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Daraus formulierte sie folgende Transformationsziele: transformieren und erneuern, etappieren und kooperieren, verdichten und konzentrieren, öffnen und zusammenführen, Arbeitsplätze schaffen, Wohnraum ausbauen, Mobilität ermöglichen, Freiraum entwickeln, Durchmischung fördern, vor Ort einkaufen und produzieren. Heute rund dreieinhalb Jahre später zeigt sich an vier Beispielen in vier Teilgebieten, wie diese Ziele umgesetzt werden:

Im Süden

Nach dem Auszug der letzten beiden Industriebetriebe (ARFA und Acifer Debrunner) wurden die Gebäude rückgebaut und die Altlasten beseitigt. Die CMS und die Gemeinde Münchenstein

streben hier eine Entwicklung an, um die heutige Brache möglichst bald mit Investoren nutzen zu können.

Freilager

Mit der Fertigstellung des Freilager-Platzes findet die gemischte Nutzung im Freilager-Platz ein vorläufiges Ende. Die Planung des Campus der Künste ist eine Erfolgsgeschichte. Neu gibt es hier nebst hoch stehender Architektur rund 180 Wohnungen, ca. 500 neue Arbeitsplätze und 1000 Studierenden der Hochschule für Gestaltung und Kunst der FHNW. Nun fehlt nur noch das neue Kunsthaus Baselland (und die Uni Basel, die den Standort zur Zeit evaluiert...).

Gundeli-Ost

Bis 2020, also in Rekordzeit, wird hier auf dem Areal der Firma Thüring die Hochschule für Wirtschaft (HSW) durch Immobilien Basel-Stadt gebaut. 1200 Studierende der HSW werden für noch mehr Leben im Quartier sorgen. Das Traditionsunternehmen Thüring, das seit 1901

auf dem Dreispitz angesiedelt ist, kann sich dank der CMS an einem neuen Standort im Wirtschaftspark Dreispitz weiterentwickeln. Mit der HSW soll auch neuer Freiraum entstehen durch Verlegung der Parkplätze unter den Boden; das übrige Gebiet kann sich ebenfalls gegenüber dem Quartier neu entwickeln.

Nordspitze

CMS, Migros und Kanton Basel-Stadt haben gemeinsam einen städtebaulichen Wettbewerb für die Nordspitze (das Migros- und Obi-Areal) ausgeschrieben. Das Siegerprojekt von Herzog & de Meuron hat dabei die schwierige Aufgabe, unterschiedlichste Anforderungen und Bedürfnisse unter einen Hut zu bringen, am besten gemeistert. Es schafft beides: Die Anbindung an das Quartier Gundeli-Ost, das nun in den Dreispitz hineinwächst – wie auch die Schaffung eines neuen urbanen Quartiers mit eigener Identität und eigenen Wahrzeichen. Die substantielle, aber qualitativ hochwertige Verdichtung ermöglicht viel neuen Wohnraum und zwar nicht

*Der Autor

Dr. Lukas Faesch (1956) ist Advokat und ehemaliger Gerichtspräsident am Strafgericht Basel-Stadt. Er ist Bürgerrat Basel-Stadt und Präsident der Kommission Christoph Merian Stiftung. Weiter ist er Mitglied der Rekurskommission der evangelischen Kirche BS und Stiftungsrat der Stiftung Trinum (Trinationaler Umweltschutz).

nur uniformen, hochpreisigen Wohnraum. Und: das Projekt zeigt, dass Verdichtung nicht Enge bedeuten muss, sondern dass durch Verdichtung auch Grosszügigkeit, Offenheit, Weitsicht entsteht.

Maximum an Freiflächen entsteht

Trotz grossen Gebäuden entsteht ein Maximum an Freiflächen. Das Projekt geht überdies von einem sehr moderaten Verkehrsaufkommen aus, und es ermöglicht mit der Betonung des Gleisbogens eine Verbindung für den Langsamverkehr sprich Fussgänger und Velos in den übrigen Dreispitz. Das Projekt liefert übergeordnet – darauf ist die CMS stolz - auch eine Antwort auf die drängende Herausforderung, wie künftig eine Verdichtung unter Wahrung hoher Freiraumqualitäten möglich ist. Kurzum: die Transformation des Dreispitz schreitet voran!



So futuristisch soll es dereinst auf dem Dreispitz aussehen (Visualisierung Herzog & de Meuron).

LDP Riehen/Bettingen schenkt ein



Am diesjährigen „Tag der Vereine“ auf dem Dorfplatz in Riehen trotzte der Vorstand der LDP Riehen/Bettingen (mit Anhang!) der Witterung - ausgerechnet an diesem Tag unterbrach Petrus die Hitzeperiode - und verwöhnte Mitglieder, Sympathisanten und Gäste mit einem Cüpli an der politisch geschreinerten Bar aus dem Hause Hettich und dank des spontanen Einsatzes von Jürg Blattner sogar mit Dach über dem Kopf!
Foto oben: Patricia von Falkenstein (Die Parteipräsidentin zu Besuch!), Noëmi Crain, Claudia Schultheiss, Sandra Brettenthaler und Priska Moser. Foto unten: Sandra Brettenthaler, Daniel Hettich, Nicole Strahm-Lavanchy, Patricia von Falkenstein und Thomas Strahm.

PP
4010 Basel

Liberal

Forum für liberale Politik
in der Region Basel

September 2018

Preis
Einzelpreis CHF 4.00,
Jahresabonnemnt CHF 18.00

Auflage
15'000 Exemplare
erscheint rund 4 Mal jährlich

Herausgeberinnen
LDP Basel-Stadt
LDP Riehen/Bettingen
Jungliberale Basel

Redaktion
André Auderset

Redaktionsadresse
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43
andre.auderset@ldp.ch

Inserate
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43

Herstellung
Gremper AG, Basel/Pratteln

Denken Sie auch liberal?

- Ja, deshalb möchte ich Mitglied werden
- Ja, deshalb möchte ich mehr Infos über die LDP

.....
Name und Vorname

.....
Adresse

Bitte einsenden an die rechts angegebene Adresse der LDP-Geschäftsstelle oder via info@ldp.ch.